



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Diana Stolz
Vorsitzende Frauen Union Hessen

PRESSEMITTEILUNG

Union im Bundestag spricht sich für die Bestellung von Beauftragten der Länder zur Bekämpfung von Gewalt und sexuellem Missbrauch an Kindern aus

Bettina M. Wiesmann MdB und Diana Stolz, Vorsitzende der Frauen Union Hessen (beide CDU): "Hessen sollte jetzt entscheiden und eine/n Landesbeauftragte/n für Kinderschutz einrichten. Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen notwendig, damit Kinder wirksam vor Missbrauch geschützt werden."

Berlin/Frankfurt am Main, 16.09.2020

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 79552
Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro

Kurt-Schumacher-Straße 30-32
60313 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de
www.bmwiesmann.de

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat gestern abermals ein Positionspapier mit weiteren Ansätzen zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder beschlossen. Hierzu erklärt Bettina M. Wiesmann MdB, Mitglied des Familienausschusses und der Kinderkommission des Bundestages: „Es ist gut und notwendig, dass unsere Fraktion sich nicht mit dem vor zwei Wochen vorgelegten Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder zufrieden gibt. Das neue Papier lenkt den Blick konsequent auf das Kindeswohl. Es geht verbleibende Schlupflöcher an, etwa die Ausdehnung der Ermittlung auf Chats und eMails, und regt weitere Maßnahmen zur Stärkung der Prävention an. Damit kommen wir einem echten Kinderschutz ein deutliches Stück näher.“

Die Vorsitzende der Frauen Union Hessen, Diana Stolz, zeigt sich ebenfalls sehr zufrieden: „Das Positionspapier der Fraktion entspricht unserer Forderung nach Strafbewehrung, Ermittlungsverbesserung und Prävention. Die verpflichtende zeitlich begrenzte Speicherung von Verbindungsdaten - die Vorratsdatenspeicherung - ist überfällig und wird in dem Papier gefordert. Auch die Schutzkonzepte in allen pädagogischen Einrichtungen und die verpflichtende Teilnahme aller Kinder an den ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen kommen unseren Forderungen entgegen, die Zusammenarbeit zwischen Heilberufen, Jugendhilfe und den Ermittlern zu verbessern. Zu viele Kinder erleben Gewalt, ohne dass es ihre soziale Umgebung oder Kontaktpersonen in den helfenden Berufen bemerken.“

Wiesmann ergänzt: „Auch Gewalt durch Gleichaltrige muss besser erforscht werden, und die Qualifizierung aller mit Kindern verantwortungsvoll Tätigen im Hinblick auf die Aufdeckung solcher schwerer Straftaten muss verbessert werden. Ganz besonders freue ich mich, dass die Fraktion nun alle Bundesländer auffordert, Landesbeauftragte für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Missbrauch einzurichten. Diese Forderung wurde schon vor einigen Jahren durch die Enquête-Kommission "Kein Kind zurücklassen" im Hessischen Landtag angeregt, mit dem Abschlussbericht 2018 beschlossen und auch von der Frauen Union Hessen bekräftigt. Dazu will



sich die Bundestagsfraktion für ein bundesweites Netzwerk für den Austausch dieser Beauftragten einsetzen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Umsetzung des Positionspapiers Schutz und Sicherheit von Kindern im Netz und im Alltag verbessern wird.“